

Der Bürgermeister schlug auf Anregung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einvernehmlich vor, diesen und den nachfolgenden Tagesordnungspunkt zur weiteren Beratung in den Ausschuss für Familie, Soziales, Gleichstellung und Integration zu verweisen. Bei einer heutigen Nichtbehandlung würden keine rechtlichen Probleme entstehen.

Herr Züll regte an, bei der Beratung im Fachausschuss auch darauf einzugehen, ob finanzielle Auswirkungen bestehen.